

KURZ NOTIERT

von Luise Weiß

Naypyidaw - hübsch eingezäunt

Die Stadt Naypyidaw ist die 2005 neu erschaffene Hauptstadt Myanmars, 325 km nördlich der alten Hauptstadt Yangon. Ohne koloniale Vorbelastung soll Naypyidaw die Hauptstadt für alle BewohnerInnen in Myanmar werden. Doch sie ist weit ab von der Realität der Menschen und ähnelt mehr einem Phantasieland. Es gibt keine Slums, keine Armut, keine Enge, statt dessen ein riesiges Regierungsviertel, Luxushotels, Apartmenthäuser und einen Golfplatz. Die Regierungsgebäude stehen kilometer-

weit voneinander entfernt und sind durch enorme Paradestraßen miteinander verbunden. Es entsteht leicht der Eindruck, dass Menschen im Machtzentrum Myanmars nicht notwendig oder gar erwünscht sind. Trotz neuer Versammlungsfreiheit wurde ein Zug demonstrierender Minenarbeiter auf dem Weg zur Hauptstadt gewaltsam gestoppt. Vier Demonstranten wurden als Resultat zu Gefängnis- und Geldstrafen nach Paragraph 505(b) des Strafgesetzbuches verurteilt. Dieser Paragraph

greift, wenn mit Absicht oder in anderer Weise Angst oder Unruhe in der Öffentlichkeit oder Teilen der Öffentlichkeit erzeugt werden, wodurch Dritte veranlasst werden könnten, eine Straftat gegen den Staat oder die öffentliche Ruhe zu begehen. Die vier Minenarbeiter waren seit der Machtübernahme der Zivilregierung die ersten, die nach Paragraph 505(b) verurteilt wurden. Weitere Minenarbeiter warten auf ihren Prozess.

DVB 23.11.2012

Irrawaddy 4.1.2013

Humanitäre Krise in Sittwe

In Sittwe, der Provinzhauptstadt des Rakhine-Staates, sind die Narben der jüngsten Gewaltausbreitungen noch allgegenwärtig. Durch die Stadt verläuft ein tiefer Graben des Hasses und hinterlässt eine Schneise aus verbrannten Häusern, Geschäften und Moscheen. Ganze Stadtviertel sind wie leer gefegt, die Bevölkerung ist entweder geflohen oder wurde in Lager zwangsumgesiedelt.

Hintergrund dieser Gewaltakte waren erneut aufbrechende Resentiments gegen die Rohingyas, einer ethnischen Minderheit muslimischen Glaubens, denen eine myanmarische Staatsangehörigkeit verwehrt wird. Sie sind staatenlos im eigenen Land.

In Sittwe machten sie vor den Gewaltausbrüchen im Juni und Oktober 2012 fast ein Drittel der 200.000 Einwohner aus, heute sind sie fast vollständig aus dem Stadtbild verschwunden. Und das ist spürbar. Die Rohingyas arbeiteten als Rikscha-Fahrer, als Tagelöhner, als Träger am Hafen und auf den Märkten, doch dort sind sie nicht mehr. Sie haben ihre Wohnungen, ihre Arbeit und Lebensgrundlage verloren.

Heute findet man sie außerhalb der Stadt in Lager zusammen gepfercht. Die Flüchtlinge aus der Stadt haben das Umland überschwemmt. Die UN geht von 115.000 internen Flüchtlingen im Rakhine-Staat aus, 85 Prozent von ihnen leben im Gebiet um Sittwe. Trotz Hilfe der UN ist die Versorgung mit Nahrungsmitteln, Wasser und Medizin schlecht und erreicht bei weitem nicht jeden. Präsident Thein Sein ist davon überzeugt, dass die Umsiedlung in Lager die einzige Lösung des Rohingya-Problems ist.

IRIN 18.1.2013

Schwerer Stand für Gewerkschaften

Das 2011 erlassene Gesetz zur Formung von Gewerkschaften beendet die seit 1962 bestehende Verbannung der Gewerkschaften aus dem öffentlichen Leben. Nach dem neuen Gesetz dürfen an Arbeitsstellen mit mehr als 30 Personen Gewerkschaften gegründet werden. Doch mit neuen Gesetzen ist es nicht getan. Es fehlen klare Vorgaben, wie diese neuen Arbeitsgesetze anzuwenden sind. Ein Beamter des *Labour Supervision Commit-*

tees erklärte den ArbeiterInnen während eines Streiks: »Ob der Arbeitgeber den Lohn zahlt oder nicht, wir können keinen Druck ausüben. Das ist Demokratie.«

Verschiedene Kräfte ziehen an den neuen Gewerkschaften. Ma Su Su Nway, Arbeitsaktivistin und Mitglied der *Partei National League for Democracy* NLD beschreibt die Situation so: »Eine Gewerkschaft entsteht hier, eine dort; eine Gewerkschaft ist auf Seiten der Arbeitnehmer; eine

auf der Arbeitgeberseite; eine auf Seite der Regierung. Jeder kämpft für sich.« Führende Gewerkschaftler der Rangun Universität und Mandalay Universität wurden jetzt sogar in verschiedene, weit entfernte Regionen des Landes versetzt. Dieser Schritt untergräbt Reformen in Richtung Rechtsstaatlichkeit und verdeutlicht den schweren Stand der jungen Gewerkschaften in Myanmar.

DVB 20.12.2012

New Mandala 11.2.2013